

Abgeordnete sehen Zweckbindung der Geldspielabgabe kritisch

Vorgeschmack Die VU-Motion zu einer Zweckbindung der Geldspielabgabe an die **AHV** dürfte im Dezember einen schweren Stand haben, wie die Diskussion im Rahmen eines Postulats zeigte.

VON DANIELA FRITZ

Der Postulat beauftragte die VU die Regierung, Möglichkeiten für eine grössenverträgliche Casino-Landschaft aufzuzeigen. Viel kommt dafür allerdings nicht infrage, wie die Beantwortung zeigte, die der Landtag gestern behandelte (das «Volksblatt» berichtete).

So rät die Regierung nicht nur von einem Bewilligungsmoratorium ab, sondern sieht dafür auch keine gesetzliche Grundlage. Auch Susanne Eberle-Strub (FBP) warnte gestern, dass ein Moratorium den 2016 mit dem Geldspielgesetz eingeführten freien Wettbewerb ausser Kraft setzen würde. Sie sprach sich auch gegen alternative Massnahmen auf Verordnungsebene aus und bezweifelte, dass Rauchverbot, eingeschränkte Öffnungszeiten oder Einsatzhöhen weitere Casino-Eröffnungen verhindern würden. Die Massnahmen wären aber ein empfindlicher und spürbarer Eingriff für die Spielbanken: «Und für mich eine Regulierung, die zu weit geht.»



Die VU könnte es im Dezember mit ihrer Motion schwer haben. (Foto: MZ)

Georg Kaufmann (FL) wiederum fand es zum Schmunzeln, dass solche Massnahmen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der Schweiz bedeuten sollen: «Wir haben zwei Casinos und Anträge für vier weitere. Wir müssen eher darüber sprechen, wo in Liechtenstein der Wettbewerbsvorteil für Casinos liegt», spielte er wohl auf das nächste Traktandum, eine FL-Initiative zur Erhöhung der Geldspielabgabe, an (siehe Seite 1).

Wie andere Abgeordnete sprach sich aber auch Kaufmann gegen eine Zweckbindung der Geldspielabgabe an die **AHV** aus, was für ihn nichts anderes als ein «Ablasshandel» sei: «Geschätzte Postulanten, die Menschen durchschauen das Spiel, sie lassen sich nicht kaufen.» FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry kritisierte die Pläne der VU als «Etikettenschwindel». Schliesslich könne der Landtag jährlich über die Staatsbeiträge an die Sozialwerke entscheiden. «In der Schweiz ist die Zweckbindung ein Erfolgsmodell, zumindest für die Akzeptanz von Casinos in der Bevölkerung», warb dagegen VU-Fraktionssprecher Günter Vogt bereits für die im Dezember anstehende Motion seiner Partei. Sein Parteikollege Frank Konrad wies zudem darauf hin, dass der liechtensteinische Staat derzeit etwa zu 13 Prozent zur **AHV** beiträgt, in der Schweiz seien es 19,5 Prozent. Eberle-Strub warnte: «Solange das Geld sprudelt, wird es bei einer Zweckbindung zu keinerlei Diskussionen kommen. Sollten sich die Einnahmen aber verringern oder sogar wegfallen, stellt sich sogleich die

Frage, wer ersetzt die fehlenden Erträge.» Auch Herbert Elkuch von der Neuen Fraktion sprach sich dagegen aus, die Sozialsysteme in Abhängigkeit von einzelnen Firmen zu bringen. Anders als in der Schweiz, wo die Abgaben von 21 Casinos an die **AHV** fliessen, seien es in Liechtenstein derzeit nur zwei Betriebe. «Das können schnell fünf werden, aber auch schnell wieder null», so Elkuch.

Austausch von Sperrlisten

Mit Interesse wurde von den Abgeordneten die Nachricht aufgenommen, dass sich die Regierung um eine Lösung zum grenzüberschreitenden Austausch von Sperrlisten bemühe. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch informierte über den aktuellen Stand. Auch der Schweiz sei dies ein Anliegen, nun würden die Gespräche auf Behördenebene weitergeführt. Da es für den Austausch von Sperrlisten aber Staatsverträge brauche, werde eine Lösung noch dauern. Schwieriger sei die Situation in Österreich und Deutschland: Dort müssten erst nationale Lösungen geschaffen werden, da Sperrlisten nicht einmal zwischen den Bundesländern ausgetauscht würden. Risch verwies aber darauf, dass eine Zwischenlösung gefunden wurde: Die Casinos würden den Spielern auch Formulare der Nachbarländer bieten, damit sich diese auch gleich dort sperren lassen können. Immerhin 70 Prozent der Sperrungen gingen nämlich von den Spielern selbst aus.